

# Berliner Tageblatt



## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Ar. 298

### Die Verstärkung der englischen Luftflotte.

#### Unmühtige Zustimmung der Londoner Presse.

Der notwendige „Heimatflug“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 27. Juni.

Das wichtigste Ereignis der Woche ist das neue Luftflottenprogramm, das nach seiner Durchführung seit auf eine Ver-  
mehrung der englischen Luftflotte hinausläuft. Interessant ist  
jedoch, mit der Luftflotte mehr in die Industriestrukturen  
zu gehen, wo die Erzeugnisse leichter unter den dortigen  
Mechanikern und Technikern gefunden und ausgebildet werden  
können. Sämtliche Morgenblätter widmen dem neuen Programm  
Beitrag, in denen das Regierungsprogramm mit auffälliger  
Mühtigkeit gebilligt wird. Höchstens wird daran aus-  
gesprochen, daß das Programm nicht noch weiter gehe. Betont  
die Notwendigkeit, zu einem internationalen Abrüstungs-  
vertrag zu kommen, auf den auch Baldwin hingewiesen hat.  
In allem hat Baldwin das ganze Land hinter sich,  
darf seine Stellung wiederum stärken.

Die „Times“ schreiben, der ganze Zweck des neuen Programms sei  
Verteidigung der Heimat und nichts weiter. England, so habe  
man erklärt, müsse zur Luft so stark sein, um sich gegen die  
offene auswärtige Macht verteidigen zu können. Auf  
dem Grundgedanke der Sicherheit und des Wohlergehens des  
englischen Volkes und des Imperiums. Denn wenn das Herz ge-  
nügt werde, was unter den gegenwärtigen Umständen geschehen  
kann, so müssen die anderen Glieder mit zugrunde gehen oder auf-  
gehoben werden. Sicher das Körper so sein. Das englische Volk werde die Re-  
gierung wegen dieser Politik nicht kritisieren, denn alle Parteien  
würden die schwere Gefahr erkennen, die England  
als Luftmacht bedrohe. Günstig kam es zu  
Vereinbarung über die Beschränkung der  
Verträge, denn ein Wettstreit zur Luft zwischen  
England und Frankreich und auch zwischen England und Rußland,  
sich auf Luftfahrzeuge bauen sollte, sei abgesehen  
von den Ausgaben, ein Wahnsinn, dessen zivilisierte Völker nicht fähig  
sind. Die „Times“ glauben, daß man dies auch in Frankreich  
gesehen, zumal wenn Frankreich eines Tages anerkenne, daß seine  
Grenze durch vernünftige Mittel geschützt werden  
kann. Die schwierigste Frage in dem neuen Luftflottenprogramm  
sei die Mannschaffsfrage. Denn der Bau von Luftfahrzeugen sei  
technisch einfach, Flugzeugführer und Mannschaften könnten  
mit einem Tage zum andern ausgebildet werden.

Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“  
hat sich, seit einem oder zwei Jahren habe natürlich beträch-  
tliche Besorgnis wegen der überwältigenden  
Vorteile der französischen Luftflotte  
bestanden. Diese Vergleiche seien unvermeidlich und  
würden sicherlich weder Feindschaft gegenüber Frankreich, noch  
andere Tendenzen, Frankreich zum Schreckgespenst des Augenblicks  
machen. Das britische Volk vermag es sich nicht zu denken, was ver-  
derben ein eingebürgertes Industrie-land, dessen Wohlstand  
auf seiner Existenz beruht, durch Angriffe aus der Luft sei.  
Die Lösung sei das Motiv.  
„Star“ sagt, nur ein Tor werde jetzt noch glauben, daß man  
in Vernehmung der Leistungen der Friedensausrichtungen vergrößere.  
Schlüssel zur Lage bilde Frankreich. Frankreich habe seine  
Stärke in wirtschaftlicher in wirtschaftlicher Nähe an. Ende  
werde es ungefähr 2000 Flugzeuge besitzen. Gegen wen  
den diese riesigen Streitkräfte vorbereitete? Es könne nicht gegen  
Frankreich sein, da Deutschland entwaffnet sei. Frank-  
reich könne profitieren, soviel es wolle, aber da Deutschland un-  
entwaffnet sei, bleibe nur noch England als möglicher Feind. „Star“  
t, ob es nicht unglücklich sei, daß im Jahre 1923, vier Jahre  
dem Friedensvertrag, der Alliierte Englands im Kriege, mit  
und für den England gelübt habe, England durch die Ver-  
bindung mit diesen vor Englands Luftkonzentrieren Vorbereitungen

zwingt, seine bereits geschwächerten Hilfsquellen noch weiter zu  
schwächen. Es sei die Pflicht der britischen Regierung, diese Be-  
drohung zur Kenntnis zu nehmen. Die Verantwortung liege  
klarer Weise bei Frankreich.

London, 27. Juni. (G. G.)

Lord Curzon empfing gestern den deutschen Botschafter  
Dr. Schamer zu längeren Besprechungen.

### Die Pariser Presse zu den Erklärungen Baldwins.

Sinnlose Hinweise auf die „deutsche Gefahr“. — „Frankreich  
müßte die größte Luftmacht der Welt bleiben“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 27. Juni.

Die Erklärungen Baldwins über die notwendige Ver-  
stärkung der englischen Luftflotte haben in Paris eine teil-  
weise Wirkung gehabt. Während die Worte des englischen Premier-  
ministers, daß „England imstande sein müsse, sich im Notfall gegen  
die stärkste Luftflotte der Welt zu verteidigen“,  
unter den jetzigen Verhältnissen nur an die Adresse Frank-  
reichs gerichtet sein konnten, bemüht sich jetzt einige französische  
Zeitungen, diesen Satz so zu deuten, als wenn Baldwin an eine  
deutsche Gefahr gedacht hätte. Ferner schreibt im „Echo de Paris“,  
daß noch während einer ganzen Generation der Vertrag von Versailles  
durch die Macht aufrecht erhalten werden könne. Es  
wäre sehr erfreulich, so konstatiert, daß die englischen Freunde sich  
darauf einrichten wollen, in militärischen Angelegenheiten auf der  
Höhe zu sein. Die „guten Leute“ in England, die dem fran-  
zösischen Militarismus die Schuld an der neuen Belastung geben  
würden, würden bald einsehen, daß die englischen Vorbereitungen nur  
durch die deutsche Gefahr (L) veranlaßt würden. Sie müßten  
die furchtbaren Folgen überleben, welche die Fortdauer einer deut-  
schen Luftmacht herbeiführen könnten, auch wenn die deutsche Luft-  
flotte angeblich nur den Handel und den Verkehr dienen sollte. Der  
„Gaulois“ tritt jedoch dafür ein, fest zu halten die französische  
Luftflotte zu vergrößern. Die neuen Kredite dürften nicht  
verweigert werden, denn Frankreich müßte die größte Luftmacht  
der Welt bleiben. Damit beginnt ein Wettstreit, auf dessen Ge-  
fahren bereits einige radikale Zeitungen hindeuten.

Die Erklärung, daß England die Zahl seiner Luftschiffe ver-  
mehren wolle, um sich gegen Deutschland zu schützen, ist so lächer-  
lich, daß nicht einmal die Leute an sie glauben können, die heute  
lange Artikel über diesen Unfuss schreiben. Das „Echo de Paris“  
arbeitet darauf hin, den ganzen Luftschiffverkehr Deutsch-  
lands zu unterdrücken, um der französischen Konkurrenz  
den Weg frei zu machen. Die Engländer haben dagegen in Ge-  
meinschaft mit Deutschland eine regelmäßige Luftschiff-  
verbindung zwischen London und Berlin hergestellt und denken nach  
Mittelungen englischer Blätter daran, diesen Verkehr noch weiter  
auszubauen. Diese Tatsache ist dem „Echo de Paris“ nicht un-  
bekannt. Denn diese Zeitung hat einige mürrißige Bemerkungen  
über die ersten gelungenen Flüge gebracht. Um so sinnloser ist der  
Verdacht des Herrn Ferninax, aus den Worten Baldwins eine deut-  
sche Feindschaft herauszubilden.

In den Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten über  
die Luftschiffahrt schreibt „Chicago Tribune“, trotz des erweiterten  
englischen Luftprogramms werde Frankreich der  
unbestrittenen Herr in der Luft bleiben. Seine Über-  
legenheit werde nicht in der Zukunft liegen, daß die französische  
Armee 1260 nach dem Krieg gebaute Flugzeuge im  
Dienst habe, während England über weniger als 400 verfüge.  
Dementsprechend, daß Frankreich fünf- bis zehnmal größere  
Auswendungen für Militärluftfahrt machen könne als Groß-  
britannien und die Vereinigten Staaten.

### Der Hochverratsprozess gegen Juden.

Heute Beginn der Verhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 27. Juni.

Heute mittag beginnt vor dem Schwurgericht die Verhandlung  
den früheren Herausgeber des „Cclair“, Ernest Jude, an  
am 3. Februar im Verhörverfahren wegen angeb-  
lich hochverräterischen Verkehrs mit deutschen Diplomaten  
lebenslänglicher Deportation verurteilt worden ist.  
Eine kurze Erinnerung an die Vorgeschichte dieser Angelegenheit  
ist notwendig. Die erste Beschuldigung ging von der Frau des  
zweier Malers Hans Boffard aus, die eine Scheidungslage  
an ihrem Mann eingereicht hatte, und im November 1918 dem  
Mitarbeiter der französischen Postamt in Bern Mitteilungen  
die angebliche Verbindung ihres Gatten und seines Freundes  
mit dem deutschen Botschafter Herrn v. Romberg machte.  
Hans Boffards lag in der Nähe der deutschen Botschaft in Bern.  
Hans Boffard und ihre Ähnhin erzählten Geschichten von nächtlichen  
Konversationen und großen Summen, die Boffard empfangen  
habe.  
Inzwischen hatte auch die politische Polizei in  
Paris sich mit Denunziationen gegen Jude zu beschäftigen. Es  
war die Zeit der Spioniererei. Alle nationalen Heidenchaften  
wurden aufs höchste erregt. Der Krieg ging zu Ende. Jeder, der im  
Verdacht stand, den Guterfolg durch Verhandlungen mit dem  
deutschen Feind zu schädigen, wurde erbumungslos verfolgt.  
Die brachte sich selbst in Verdacht, als er zu Anfang des Jahres 1918  
die Wohnung in Neuilly verließ und nach der Schweiz überfloh.  
Die „Reue“ wurde, auf welche die Anklage sich richtete, wurden aber  
im Juli 1919 gefunden, als der Krieg bereits zu Ende war.  
Die deutschen Archiven, die in Brüssel zurückgelassen waren, ent-

decken, wie behauptet wird, französische Beamte zwei Telegramme und  
zwei Briefe, die im Dezember 1914 und im Februar 1915 zwischen  
dem Staatssekretär von Jagow und dem Baron von der  
Lancken-Walenski (vor dem Kriege erster Botschafter der  
deutschen Botschaft in Paris und während des Krieges Bevoll-  
mächtigter in Brüssel) geschickt sein sollen. In diesen Briefen  
und Telegrammen wurde über den Plan gesprochen, Jude für die  
deutsche Propaganda in Frankreich zu fassen. Vermittler war der  
Maler Boffard, der mit dem Decknamen Pilatus bezeichnet  
wurde. Der Preis der Versteigerung war nach einigen Jähren auf  
zwei Millionen vereinbart worden. Die Anklage behauptet,  
Jude habe sich für dieses Geld verpflichtet, seinen persönlichen Ein-  
fluß und seine Zeitung „Cclair“ in den Dienst Deutschlands  
zu stellen. Er habe Beziehungen zu dem Botschafter von Romberg  
unterhalten und sei auch in Audienz von Papst empfangen worden.

Dies ist die Anklage, gegen die Jude sich zu verteidigen hat.  
Er hat die Angaben für falsch erklärt und will für diese  
Behauptung den Beweis erbringen. Die Zeugen,  
welche die Verteidigung geladen hat, sind zum großen Teil  
bekannte Persönlichkeiten der Republik. Der frühere Präsident Lou-  
bet, drei ehemalige Ministerpräsidenten, Charles Dupuy, Jules  
Reine und Paul Painlevé, der frühere Außenminister Hanotaux,  
der General Marchand, dessen Name aus der Falschheit-Affäre  
bekannt ist, zahlreiche Schriftsteller und Pariser Per-  
sönlichkeiten. Die Zeugen der Anklage sind dagegen  
wenig bemerkenswert; die geschiedene Frau Boffard,  
der zweite Rechtsberater, einige Beamte des Ministeriums des  
Innern und des diplomatischen Dienstes. Der Vorsteher des Ge-  
richts ist der Rat Gilbert, ein bekannter Leiter für Verhand-  
lungen in Senatsverfahren; die Anklage vertritt der General-  
staatsanwalt Lesouche, der sich vor kurzen mit der Anklage gegen  
einige Kommunisten einen Misserfolg geholt hat.

### Das Brot für die Minderbemittelten

Nach Fortfall des Markenbrottes.

Von (Nachdruck verboten.)

Oberbürgermeister Dr. Haymann,  
Beigeordneten des Deutschen Städtetages.

Der 20. Juni 1923 ist in der Geschichte der Kriegs- und  
Nachkriegswirtschaft von besonderer Bedeutung. An diesem  
Tage hat der Reichstag die Beendigung der öffentlichen Brot-  
versorgung zum 15. September, spätestens zum 15. Oktober,  
beschlossen. Die Kommunalverwaltungen werden von einer  
schweren Aufgabe befreit, die sie fast neun Jahre lang durch-  
geführt haben.

Der Preis für die Aufhebung der Brotgetreidewangs-  
wirtschaft war die Bedingung, daß dem „bedürftigen  
Teile der Bevölkerung“ eine Brotpreis-  
erleichterung zu gewähren ist. Dies soll durch besondere  
auf der Grundlage der Zwangsanleihe aufzubringende Reichs-  
mittel geschehen. Der Kreis der Bedürftigen ist — ohne im  
Gesetze festgelegt zu sein — bestehen geblieben, wie er schon in  
einer Vorentscheidung des Reichstages im Frühjahr un-  
terschieden war: Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte  
und Kriegshinterbliebene, Erwerbslose, Armengeheimempfänger  
und Kinderreiche. Wie die Preisermäßigung gewährt werden  
soll, hängt von der Ausübung des neuen Gesetzes durch  
Reichsregierung und Reichsrat ab. Man deutet natürlich in  
erster Linie darauf, ebenso zu verfahren, wie es gegenüber der  
Geldentwertung allgemein geschieht, das heißt im Zusammen-  
hang mit der sogenannten Kriegsfolgehilfe für die genann-  
ten Personengruppen, nicht etwa, wie es sich manche wohl  
vorstellen, durch besondere Brotstellen, die jedem Empfangs-  
berechtigten einen Verbilligungsbetrag für ein oder  
mehrere Brode in barem Gelde oder in Gutscheinen aus-  
zugeben. Das letztere versteht wäre, soll nachstehend dar-  
gelegt werden.

Heute erhält die große Masse der Bevölkerung, das heißt  
weit mehr als 90 Prozent der Nichtlohnbezieher, billigeres  
Markenbrot. Die wenigen sogenannten Minderbemittelten werden  
vom Empfang der Brotarten ausgeschlossen, nicht etwa  
durch eine — als unmöglich erkannte — besondere Ver-  
waltungsstätigkeit der Gemeinden, sondern im wesentlichen  
durch Selbstentziehung der Minderbemittelten, mit Strafbroten  
für unbefugte Brotartenentnahme. Ganz anders ist die neue  
Lage: Das Anteilsverhältnis der Bezugsarten ist zwar um-  
gekehrt — Erleichterung erhalten nur etwas mehr als  
10 Prozent der Bevölkerung, jedoch muß die Reichsliste, die  
bisher der großen Masse fast ohne Unterscheidung auf-  
gezeichnet war, an jeden einzelnen der sieben Millionen Menschen  
herangebracht werden. Vereinfacht wird diese Aufgabe da-  
durch, daß die zu bedeutenden Personengruppen, mit Aus-  
nahme der Kinderreichen, bereits verwaltungsamtlich erfasst  
sind. Da es nicht mehr zweierlei Brot gibt, Markenbrot und  
freies Brot, auch nicht zweierlei Preise, so könnte der Brot-  
bezug nicht anders erleichtert werden — als  
durch Geld oder Gutscheine.

Geld in Form von besonders ausgewiesenen Brotgeld  
(für höchstens vier Wochen) auszugeben, wäre, wie gesagt,  
höchst unpraktisch. Die laudenden Feststellungen, ob der  
Anspruch besteht und wie groß er jeweils ist, können  
nicht durch besondere, losgelöste Verwaltungsstellen  
geschehen, die etwa den bisherigen Brotartenausbe-  
stellen entsprechen würden. Diese haben gar nicht die Unter-  
lagen für die Beurteilung der Bedürftigkeit. Vielmehr kann  
die Prüfung nur dort erfolgen, wo die gesamten Lebens-  
verhältnisse bekannt sind, nämlich bei den für die  
Kriegsbeschädigten und Kriegs-  
hinterbliebenen, für Sozialrentner usw. Wozu  
dann also die ganz unnötige Umständlichkeit eines fortwährend  
sich ändernden, verhältnismäßig geringen Brotpreises, wenn  
sich die Brotverteilung doch in einer Summe mit den  
Gesamtbeträgen durch Rückzicht auf den Brotpreis leicht  
ausgleichen läßt! Dies ist sowohl nach den mirlich reichen  
Erfahrungen der Kommunalverwaltungen als auch vom  
Standpunkte der Empfangsberechtigten selbst der einzig rich-  
tige Weg.

Wollte man wirklich Brotgeldzuschüsse geben, so müßte ein  
Verteilungsschlüssel für alle Gemeinden gesucht werden, der  
sein anderer sein könnte als derjenige für die allgemeinen  
Unterstützungen für Militär- und Zivilrentner usw. Dies allein  
zeigt schon den Zusammenhang. Ja, es wäre sogar folgen-  
richtig, die besonders auffordernden Reichsamt für die Brot-  
preisermäßigung nach dem Gesamtbedürfnis (etwa  
zwei Fünftel des Brotpreises sollen die Norm sein) zu be-  
messen, sie jedoch den allgemeinen vom Reichsarbeitsminis-  
terium zu verteilenden Mitteln einfach zuzuschlagen. Dies Ver-  
fahren schießt die Forderung der Gemeinden nicht aus, daß  
das Reich die Last der Brotpreishilfe nicht etwa auf die ohne-  
hin überbelasteten Kommunen teilweise abwälzt.

Die innere Verbindung der Angelegenheit mit der Kriegs-  
folgehilfe zeigt sich ferner darin, daß der höhere Brot-  
preis für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen  
nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz infolge Neu-  
einführung des Beamtenverzeichnisindex bei Bemessung der  
Teuerungszulagen und der Zukunftsrenten ohne in zu berück-  
sichtigen ist und daß dies auch für alle übrigen Gruppen in  
ähnlicher Weise zu geschehen hat, soweit Reichsheimstätten für  
die Unterstützungsbeträge festgelegt sind. Die Armen wurden  
bereits nach der Armenangelegenheit das Mögliche erhalten.  
Ansonsten bringt das neue Gesetz überhaupt nur die Finanze-  
rung des Fürsorgeerbes und keine neue Fürsorge.  
Eine Ausnahme bilden lediglich die Kinderreichen, die bedacht  
werden sollen allein in dem Falle, wenn sie infolge ihres  
Kinderreichtums bedürftig geworden sind. Diese Abgrenzung

Wird in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten und Kosten verursachen.

Gutscheine als Brotpreiserleichterung sind nichts anderes als Anweisungen auf ein bestimmtes Brotpreis. Es sprechen also dieselben Gründe dagegen; doch kommt noch hinzu, daß die Herstellung, die Ausgabe und Einföhrung der Gutscheine zu einem weiteren umständlichen und teuren Verwaltungsapparat nötigen würden, ganz abgesehen von der neuen Schwierigkeit, daß die Bäder zu Einföhrungs- und Rechnungstellen der Gemeinden gemacht werden müßten. Außerdem würden die Gutscheine Geldcharakter annehmen, zumal wenn sie in größeren Bezirken freizügig werden sollten. Papiergeld aber gibt es genug. Man sollte die Sorten und die Fälschungsfähigkeit nicht noch vermehren.

\*\*\*

### Preiserhöhung für das Berliner Markenbrot.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Mit Rücksicht auf das weitere Steigen der Lerneuerung mußte eine weitere Erhöhung der Bäckereilöhne eintreten, infolge der Auswirkung dieses Umstandes sowie der gleichzeitigen erneuten Steigerung der Kohlen- und Seifepreise erhöht sich vom 2. Juli ab der **Stichtpreis für das Markenbrot** von 1900 Gramm auf **3600 Mark**, für die Markenbrotchen von 45 Gramm auf 130 Mark.

## Italiens „Widerwillen“ gegen die Ruhraktion.

„Frankreich hat keinerlei europäische Auffassung.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 27. Juni.

Ich habe eine Unterredung mit dem Abgeordneten Olivetti, dem Generaldirektor des Industriellenbundes, der soeben aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt ist und Mussolini Bericht erstattet hat. Frankreich, so sagte der Abgeordnete, habe keinerlei europäische Auffassung, sonst hätte es nicht den ganz Europa gefährdenden Fehler der Ruhrbesetzung begangen. Heute liegen die Dinge so: die Franzosen bleiben an der Ruhr, und niemand kann sie gewaltsam entfernen. Doch sei Frankreich zu klug, als daß es an Annexionsdächte (?) und ein neues Elsaß-Lothringen schäfe. England seinerseits könne dem deutsch-französischen Konflikt, der seine Interessen schwer schädige und durch die Begründung einer französischen Hegemonie direkt Englands Sicherheit bedrohe, nicht länger untätig zusehen. In einer bewaffneten Konfrontation sei allerdings nicht zu denken. Nur eine Regelung der Ruhrfrage in gutlichem Einverständnis mit Deutschland könne über einen fünfjährigen Zusammenstoß verhindern. Die Ruhr dürfe nicht am Schicksal werden, zum Schaden ganz Europas. Olivetti, der übrigens in Leipzig studiert hat, drückte jedoch seine Bewunderung für die Einigkeit des deutschen Volkes in der Ruhrfrage aus. Die kommunistischen Proteste seien belanglos, Deutschland, das das Glend der napoleonischen Kriege überwunden habe, werde auch die heutige Trübsal überwinden, denn das deutsche Volk sei unüberwältlich. Es handle sich eben darum, in der Reparationsfrage eine konkrete Verhandlungsbasis zu finden. Der Abgeordnete schloß mit der in Italien heute üblichen Darlegung der Notwendigkeit, daß auch Italien finanziell entlastet werde.

Die Enthüllungen des „Oberver“ machen auch hier großes Aufsehen, da aber bisher eine offizielle Lösung fehlt, enthalten sich die römischen Blätter vorläufig eigener Kommentare. Nur die offizielle „Tribuna“ erinnert daran, daß nicht nur England, sondern auch Italien in Paris und Berlin fortwährend nachsichtig gewirkt hätten, und zwar habe Italien nach den Grundrissen Mussolinis stets die Verknüpfung der Kriegsschulden mit den Reparationen, ferner den Widerstand gegen jedes Monopol oder jede Hegemonie in Europa, endlich den Widerstand gegen territoriale Verschiebungen gepredigt. Cuno habe also ganz recht gehabt, als er auf Englands und Italiens Widerwillen gegen die französische Ruhraktion hinwies. Die „Tribuna“ schließt mit der erneuten Betonung, daß der englische wie der italienische Premier erst unangstlich feierlich gegen Ge-

bietveränderungen Stellung genommen hätten, und freut sich über das französische „Dementi“ der Enthüllungen des „Oberver“.

## Der bayerische Ministerpräsident über Frankreich.

Eine Rede im bayerischen Landtag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 27. Juni.

Im bayerischen Landtag hielt der Ministerpräsident Dr. v. Knilling heute vormittag anlässlich der Beratung zum Etat des Ministeriums des Aeußeren eine Rede, deren außerordentlich scharfer Ton gegenüber Frankreich im Laufe Aufsehen hervorrief und stürmischen Beifall auslöste. Nachdem er einleitend gefordert hatte, daß das deutsche Volk endlich anfangs, ein politisches Volk zu werden, und daß es in dieser Hinsicht von dem Nachbar im Westen lernen möge, ging er auf die Rhein- und Ruhrfrage, den Kernpunkt der außenpolitischen Lage, ein. Er bestritt jedes schuldhafte Verhalten Deutschlands in der Reparationsfrage, aber selbst tatsächliche Verschulungen würden keine Rechtsgrundlage für das französische Vorgehen bilden. Es bliebe auch dann ein furchtbarer Bruch des Versailler Vertrages und des Völkervertrages, eine brutale und rechtswidrige Verewaltung eines wehrlosen Volkes.

Man bestreite, Annexionspolitik zu betreiben, aber man schreite zur Befestigung des Ruhrgebietes, die zur Auflösung des Reiches und zu einem autonomen Rheinland führen soll. Man unterfütze diese Aktion in Bayern durch Ansetzung separatischer Sonderverträge, indem man einen Riß mit 100 Millionen Mark nach München schießt. Man unterfütze aber auch gleichzeitig die Kommunisten im Norden und in der Pfalz, wo immer sie zu Aktionen gegen den Bestand des Staates und der Wirtschaft schreiten. Man läßt in falschen Städten Flugblätter plakatieren, in denen zur Bildung der rheinischen Republik aufgerufen wird und stellt französische Polizisten zu ihrer Verwahrung auf. In Verfolgung der durch Jahrhunderte jah festgehaltenen politischen Pläne finden die Franzosen heute auch dann an der Ruhr, wenn dort keine Tonne Kohle und kein Brod Brot zu holen wäre. Und hausten die angehenden Besieger der Ingenieure im besetzten Gebiet nicht ärger als der schlimmste Feind mitten im Kriege?

Der Ministerpräsident zählte die unsagbaren Marten der Rhein- und Ruhrbesetzung auf und verwies dann auf die standrechtliche Erschießung Leo Schlageters.

Was sagt die Welt zu dem Ungehörigen am Rhein und an der Ruhr? Der Ministerpräsident gedachte der Teilnahme des Papstes, der Rundgebung der schwedischen Bischöfe und der Stimme im Schweizer Nationalrat. Im übrigen aber schlafe das Weltgewissen, weil es noch immer an die größte Schuld der Weltgeschichte glaubt, nämlich an die angeliche Schuld Deutschlands am Weltkrieg. Hier muß aufgeräumt werden. Deutschland hat längst seine Archive geöffnet. Wiederholt ist Frankreich aufgefordert worden, ein gleiches zu tun. Es hat sich bisher gehütet und wird es voraussichtlich auch weiterhin nicht tun. Es liegen aber auch schon ohnehin so viele einwandfreie Zeugnisse vor, daß jeder, dem es um die Wahrheit zu tun ist, sich schon heute davon überzeugen kann, daß nicht Deutschland, sondern Frankreich den Krieg verurteilt hat, und daß eben jene Tendenzen, die jetzt Frankreich an die Ruhr führten, auch den letzten Krieg von 1914 entsetzt haben. Deutschland besand sich in den Kämpfen der Jahrhunderte gegenüber Frankreich immer in der Defensive, so auch 1914. Wenn ein Vorwurf gemacht werden kann, so ist es nur der, daß Deutschland 1914 nicht stark und nicht geschickt genug war, diesen Krieg, den Frankreich angezettelt und seit langen vorbereitet hatte, zu verhindern, und daß Deutschlands verantwortliche Staatsmänner es nicht zu verhindern wußten, wenn von Frankreich die Karten so gemischt und die Ereignisse im letzten Moment so gelenkt werden konnten, daß der Schein gegen Deutschland war. Frankreich hat den Weltkrieg verschuldet. Es hat Deutschland im Waffenstillstand mit den vierzehn Punkten Wilsons betrogen und es hat den Vertrag von Versailles nur unter dem missgebenden Vorbehalt der Weiterverfolgung seiner darüber hinausgehenden Absichten abgeschlossen. Frankreich führt seinen Krieg gegen Deutschland, dessen Entwaffnung es erreicht hat, weiter, um um auch seine letzten Ziele zu verwirklichen. Alle Kreise des

deutschen Volkes erwarten, daß die Reichsregierung in der Schulfrage zur Offensive übergeht, und von den Wahrheitszeugnissen Gebrauch macht, die wir neuerlich den russischen Archiven verdanken, und durch die der französischen Eroberungspolitik die heuchlerische Maske des Rechts und der Friedfertigkeit abgerissen wird. Nur unter dem Druck einer unumfassenden Blockade gegen Frauen und Kinder ist die deutsche Unterföhrung unter die im Vertrag von Versailles festgesetzte Schuldfrage erpreßt worden. Diese auf unfröhlichem Zwang beruhende Unterföhrung muß heute jeder gerecht Denkende als null und nichtig erkennen. Der Ministerpräsident gedachte des passiven Widerstandes als der einzigen elementaren Waffe, die das deutsche Volk gegen Frankreichs Wahnsinnspolitik zusammenzuschmieden.

Ueber die angebliche Instimmigkeit zwischen der bayerischen Regierung und der Regierung Cuno teilte Herr von Knilling mit, daß er in der Besprechung der Ministerpräsidenten am 1. Mai ernstliche Bedenken geäußert habe, ob die Reparationsnote nicht ähnlich zu unserem Ungunsten ausfallen könnte, wie die Friedensresolution vom Juni 1917. Nach seiner Ansicht wäre es vorzuziehen gewesen, wenn der Reichszentralrat in einer Reichstagsrede versucht hätte, den vom britischen Außenminister angenommenen Rahmen internationaler Erörterungen weiter zu spannen. Als er mit seiner Ansicht allein blieb, habe er sich verpflichtet geföhlt, die schwierige Lage der Reichsregierung feiner, stets nicht noch mehr zu erschweren. Bayern müsse es aber als feingutes Recht ansehen, in einer für das Reich so folgenschweren Frage seine abweichende Meinung gegenüber der Reichsregierung zu vertreten. Die Minister der deutschen Länder kämen doch nicht bloß nach Berlin, um Ja zu sagen. Was er beim Antritt seines Amtes in diesem Aufse gesagt habe, halte er auch heute noch unverändert anrecht. Eine Regierung, die den Lebensnotwendigkeiten der Länder gebührend Rechnung trage, die eine zielbewusste, von nationaler Würde getragene Reichspolitik als ihre Aufgabe betrachte, werde Bayern als ihren treuesten Gefolgsmann an ihrer Seite haben. Die gegenwärtige Reichsregierung kann das Vertrauen beanspruchen, daß sie diesem Erfordern gerecht wird.

## Die Fortdauer der belgischen Krisis.

Paris, 27. Juni. (W. Z. V.)

Nach einer Brüsseler Gassabewegung besteht nach plötzlichem Umschwung der Stimmung unter den Liberalen und Katholiken die zuverföhliche Hoffnung, daß Theunis im Lauf des heutigen Tages das Ministerium bilden werde. Die beiden genannten Parteien würden heute Beratungen abhalten. Rauch dem „Matin“ sieht man, wenn nicht neue Verwicklungen entstehen sollten, die Lösung für den heutigen Nachmittag voraus. Der Brüsseler Berichterstatter des „Petit Parisien“ ist dagegen der Ansicht, daß Theunis wenig Hoffnung auf eine Lösung der Krisis bestehe. Er habe einen letzten Appell an die Parteien, mit denen er das Ministerium zu bilden gedenke, erlassen. Der Berichterstatter ist der Meinung, daß auch ein neues Ministerium nicht von der in der Außenpolitik durch Joseph und Theunis vorgezeichneten Linie abweichen könnte. — Eine Nachrichtenagentur teilt mit, Theunis habe den Widerstand der fämlichen Katholiken nicht berechnen können, verzichte daher auf die Kabinetsbildung und habe dem König von seinem Entschluß Kenntnis gegeben.

## Harding gegen interalliierten Schuldenerlag.

New-York, 27. Juni. (W. Z. V.)

In einer Rede in Salt Lake City sagte Harding, es sei zuviel von einer Annullierung der Kriegsschulden geredet worden. Durch eine Annullierung würde das Geschäftsleben einen schweren Schaden erleiden und das Vertrauen erschüttert werden, das man auf internationale Abmachungen setzen müsse. Als Amerika und England den Beschluß fassten, ihre Verpflichtungen zu halten, habe man festgestellt können, daß überall in der Welt eine Erneuerung des Vertrauens zutage getreten sei.

\* Das englische Oberhaus hat den am 8. Juni vom Unterhaus angenommenen Gesetzentwurf über die Gleichstellung der beiden Geschlechter bei der Begründung von Eheverhältnissen mit 95 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Maßnahme wird also wahrscheinlich Gesetz werden.

## Schreiberhau.

Von (Nachdruck verboten.)  
Julie Elias.

Wir sitzen hier an lustiger, alsu lustiger Berglehne, in einem „hühen Grunde“, wo das Mühlentrad des Regens, Schnees, Hagels seine turlofen Drehungen macht. Von hier aus gesehen, ist das Land stöndend in Nebel verfunken, und sein „O Lärer weit, o Höhen“, das sonst uns so fröhlich entfang, kommt jetzt nur ögernd und fragend über unsere Lippen. Immerhin geht manchmal der Vorhang über diesen schönsten der landschaftlichen Schauplätze auf und erndigt Wandlungen durch das uppig grüne Tal, das nicht nur durch die Freigebigkeit der Natur, auch durch den Genius der Dichter gezeichnet ist. Hier wandelte Gerhart Hauptmann, ehe er sich seine Agnetendorfer Burg errichtete; hier schrieb er die Weber, den Wierpels, den Kollegen Crampoin, und jeder Spaziergang schwärts muß mich an dem kleinen, in die Gut hoher Bäume gestellten, Teich vorüberführen, aus dem Gannete den Gnadensuß ihres Herrn Jesu vernahm. Als Hauptmann gestern auf der Veranda des Hauses stand, wo ich zu Gaste bin, dieses funktgeschmückten Hauses, wo Antikes und Modernes, griechische Plastik und die schönsten Malereien Moz Ziehwogs eine eigenartige Verbindung eingegangen sind, dank dem feinen und reichen Geschmack des Hausherrn, da breitete er die Arme aus und sagte: „Wie mich das wieder ergreift, dieses waldbesumte und doch so lichte Land.“

Das Wetter scheint die Glücklichen nicht mehr zu schrecken, denn eine Reihe in die Berge gegnnt ist. Der Zustrom der Fremden ist stärker als je zuvor. Aus guten Gründen ist das Kielengebirge wieder in die Mode gekommen, nachdem es Jahreslangelang, seit den glorreichen Tagen Warmbrunnens, aus der Mode heraus war. Allen, die mehr oder weniger zu rechnen haben, ist die Ferne verfallen. Man entdeckt mit einer gewissen Genugung das alpine Klima Schreiberhau, und in erhöhten Augenblicken verstigt man sich sogar zu der langweiligen Formel: „schönes Engadin“. Gingu kommt, daß die hübschsten Grenzbewohner — hier sprechen die Leute von Ausländern und meinen die Tscheden — von unferem Valutastande oder richtiger: Valutastufende profitieren wollen und in beträchtlichen Schären das Land heimführen. Die deutschen Gäste leiden darunter, doch der Schreiberhauer blüht und gedeiht. In Oberdorf beispielsweise konnte sich eine Buchhandlung aufbauen, die sehr weitgehenden bibliophilen Ansprüchen genügt und mit dem ersten Buchladen des Kurfürstentums zu wetteifern vermag. Die Bohmen kaufen das Leuzerli an Kurfürstendruck und graphischen Arbeiten, was in Deutschland überhaupt hervorgebracht wird; von den Erzeugnissen der Glasindustrie ganz zu schweigen.

Dieser Landstrich war eben dem biterren. Bis die Fremden kamen. Allmählich wird alles anders aufgelesen. Der Bauer, der sein Schäfchen im trocknen hat, legt betrieblam die reichlichen Ueberflüsse an und scheidt seine Ästen: er renoviert sein Haus, freudt es weiß und weinrot, macht es innen blicklam, appetitlich, einladend, gibt seinen hängenden Balkons, die nach Abbruch ausfallen, neue, elegante Stützen; eine hochaufgeschüttete, mit dem leuchtenden Stein dieser Berge geföhrte Sandterrasse, wo moderne Tische und Stühle stehen, läßt manndam vergessen, daß ein veritables Bauernhaus sich dahinter erhebt. Der Bauer steht, daß es gut ist und — vermieht. Und wenn der Bauer vermieht, nimmt er es an Raffinement und Schlantheit mit dem gepiegtesten Soldatdirektor auf. Und der Bauer war nicht faul, dies feine Land so urbar zu machen, daß man einen Eindruck der Fruchtbarkeit empfängt, wie ihn sonst nur die fatten Niederungen bieten. Das Geld ermöglicht ihm, aus dem jähren Boden herauszuföhren, was irgend herauszuföhren ist. Getreidefelder dehnen sich an den Hängen, weite Erdberepflanzungen; man wandert zwischen wohlgeordneten Zier- und Gemüsegärten; blütenreichere Obstbäume breiten ihre weiße Frucht, und der Reiz des Bergklimas leuchtet kühl auf sie herunter.

Da nun mit der Temperatur seiner sein Staat zu machen ist, so soll die Schreiberhauer „Johanniswoche“ die nötige Wärme in die frostenden Gemüter bringen. Dies ist eine Unternehmung, die, gemäß dem Programm, teils sozialen Zwecken, teils der Befestigung zu dienen bestimmt ist. Zum Patron der Feste wählten man einen Feinschmecker: die menschlich-höhne Dichterpersönlichkeit Carl Hauptmanns. Es Gerhart das Tal verließ, gewann Carl eine Art erhöhter Popularität; er lebte vertraut mit den Menschen und brachte ihnen, die im Alltagsleben verfannten, die Romantik des Landes nahe ans Herz heran. Er weckte die schlafenden Geister dieser Berge zu neuem politischen Leben und öfnete das Reich Hübegaß der neuen Pflanzstoffe. So bestrahlte er indirekt auch die vollsmähigen funktgewerblichen Tätigkeiten, zumal den Sinn für die schließliche Nationaltracht, von deren Wiederbelebung man in diesen Tagen so überraschende Proben sehen konnte. Inzwischen hat nämlich der Bund, der letzten Sommer in Saalberg zum Schutz der schließlichen Heimat gegründet wurde, die Pflege und Fortbildung der Tracht in ein System gebracht.

Der Inhalt des ersten Abends war ungeteilt: Carl Hauptmann, der Abend eines jöhlichen Föhners, Dichtung, Komposition, Redner und Sprecher, alles von schließlicher Provenienz. Der Breslauer Schriftsteller Castelle entwarf das Porträt des Grundes in geföhter Weise: eine Breslauer Künstlerin, Frau Otte Gragers, belebte innerlich das Wort des Dichters; Anna Reichmüller, die musikalische Freundin Karls, spannte die Melodien seiner Lieder. Ueber dieser schließlichen wirkungsreichen Feste, wie über der Dr-

ganisation einer kunstgewerblichen Ausstellung waltete die leitende Hand des Antiquars Oltmann und des alten Berliner Malers Hanns Fechner, der wieder jung geworden ist auf Schreiberhauer Boden. Die Blindheit kränkt ihn nicht, und er ist, nach dem Worte der Schrift, fröhlich in seiner Trauer; er nimmt produktiv Anteil am schließlichen Leben, als wäre sein Stück von ihm.

Die Kernstücke des einheimischen Kunstgewerbes sind Spitzen und Glas, und durch sie erhält auch die kleine Ausstellung Gewicht und Wichtigkeit. Ja, man kann sagen, daß die bodenfähigen Glasstücke noch niemals in so konzentrierter Fülle und so charaktervoller Vielfaltigkeit gezeigt worden ist wie jetzt im beschönigten Handwerkerheim des Dorfes Schreiberhau. Die Josephinenhütte hat ihre merkwürdiges Museum geöffnet — ein Museum von nur achtzigjährigem Bestand und doch von uralter Herkunft. Die Jahre 1617, 1754, 1796 und 1841 bezeichnen den Weg einer erstaunlichen Glasblüthenkunft, die sich an die Namen Schaffgotsch und Schreiberhauer und der beiden bedeutenden Werkmeister Wolfgang Preußler und Pöhl knüpft. Aus der alten Zeit ist noch ein verfallendes Gemäuer, die Hütte im Karsttal erhalten, ein rätselhaft-unheimliches Denkmal der Vergangenheit. In lebendiger Kraft dagegen erhebt sich die Josephinenhütte. An ihr ist nichts Märchenhaftes mehr, wohl aber der poetische Reiz eines modernen Betriebes, der logisch zwischen Kunst und Handwerk hindurchschreitet, eine Hochschule der Glasveredlung mit Musterleistungen, die das stärkste Gefühl für das Material mit schöpferischer Formkraft und Erfindungsgabe verbinden. Ein unvergleichliches Laboratorium für den Glasfleier wie für den geborenen Glasföhner. Der Stil der Glasveredlung, der in den Arbeiten der Josephinenhütte auf einer gewissen vornehmen Stabilität und disziplinierten Schwere beruht, scheint allerdings noch entwicklungsfähig zu sein.

Denn in dieser Ausstellung tritt ein neuer Mann auf, der in der Josephinenhütte zum Handwerk errogen worden ist und seit etwa Jahresfrist ein eigenes Atelier unten im Mariental aufgetan hat. Dieser Gravel — Wenzel Wenna mit Namen — ist ein Genie des Glasföhners, des Tief- und Flachföhners, also der rein künstlerischen Seite der Glasveredlung. Ich habe hier die torrende Unterföhrung gelernt: daß die Glasföhnerföhrer das dörbe und primitive Handwerk, der Glasföhner aber die Kunst bedeutet. Wenna fand in seinen Gravierungen den leichten, freien Stil und in Tefor die hüpfende und kapriziöse Formendebnung, die in den traditionellen Betrieben so oft vermischt wird. Seine Zeichnung ist untafelig; sie ist klar und beseelt, das heißt frei von aller akademischen Wöhraktion. Die Tefors seiner Erfindung sind realistisch-phantastisch; das Leben der Natur ist hier von einer feinen Äyrit umgeben, auch der Humor fehlt nicht. Wenna's Tiere sind reizend, besonders die schweifenden







